

Wien, 20.04.2022

Betrifft: 5-Stufen-Plan für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung – handeln wir gemeinsam im Interesse unserer Kinder!

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,
sehr geehrte Abgeordnete zum Nationalrat und Bundesrat!

Seit vielen Jahren wird über den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung diskutiert. Nun wird es Zeit, von der Diskussion in die Umsetzung zu kommen. Als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker; und somit als Vertreter*innen jener Gebietskörperschaft, die für die Umsetzung der Kinderbetreuung bzw. -bildung aufzukommen hat, wollen wir unseren Beitrag leisten, damit dieser Rechtsanspruch endlich umgesetzt wird.

Es gibt – was den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung betrifft – einen breiten gesellschaftlichen Konsens in Österreich. Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund sprechen sich dafür aus. Auch viele Abgeordnete der Regierungsparteien sind in einer dieser Institutionen tätig. Im Nationalrat haben diese jedoch bisher keinerlei Initiativen in Richtung Rechtsanspruch gesetzt. Ebenso könnten wir an dieser Stelle mehrere Zitate von Abgeordneten der Grünen einfügen, in denen sich Nationalrats-, Bundesrats- und Landtagsabgeordnete für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung aussprechen.

Kinderbetreuungseinrichtungen sind die ersten Bildungseinrichtungen!

Für uns als Kommunalpolitiker*innen ist klar: Wir bekennen uns zum Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Vor allem deshalb, weil Kinderbetreuungseinrichtungen die erste Bildungseinrichtung für unsere Kinder sind und Kinder ein Recht auf Bildung haben.

Es wird Zeit zu handeln!

Speziell an die Abgeordneten der österreichischen Volkspartei appellieren wir eindringlich: Stellen sie einmal Ihre ideologische Grundhaltung hinten an, öffnen Sie Ihre Blockade und handeln sie nun endlich im Interesse unserer Kinder, unserer Familien und letztendlich unserer Wirtschaft.

An die Abgeordneten der Grünen appellieren wir: Bitte versuchen Sie mit aller Konsequenz, Ihren Koalitionspartner von der Notwendigkeit dieser Forderung zu überzeugen. Sie wissen genauso gut wie wir und alle anderen Kolleg*innen im Nationalrat, dass die Umsetzung dessen längst überfällig ist. Bleiben Sie bitte nicht länger bei diesem so wichtigen Thema passiv, nur um Ihren Koalitionspartner nicht zu verärgern. Es geht um unsere Kinder! Es geht um Bildung! Es geht um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie!

Als Sozialdemokratischer GemeindevertreterInnenverband haben wir einen 5-Stufen-Plan entwickelt, wie die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung genau aussehen könnte. Diesen darf ich Ihnen in groben Zügen schildern:

1. Schritt: Evaluierung der fehlenden Kindergartenplätze.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bis Sommer 2022 zu evaluieren, wie viele Kindergartenplätze derzeit in Österreich in jeder der 2.093 Kommunen fehlen.

2. Schritt: Budgetäre Mittel für den Ausbau der Einrichtungen.

Für die Budgetjahre 2023 und 2024 sollen finanzielle Mittel in Höhe von mindestens je 1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt werden, damit die Einrichtungen für fehlende Kinderbetreuungsplätze in den Städten und Gemeinden gebaut werden können. Positiver Nebeneffekt: Das kurbelt das regionale Bau- und Bauneben-gewerbe an. (Zum Vergleich: Die ab 2023 geltende Senkung der KöSt reißt ein jährliches Loch in der Höhe von 800 Millionen Euro ins Budget und bringt kaum zusätzliche Wirtschaftsleistung.)

3. Schritt: Ausbildungs-offensive im Bereich der Elementarpädagogik ab September 2022.

Die Corona-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, wie schwierig der Arbeitsalltag für Elementarpädagog*innen ist. Viele sind ausgebrannt und wechseln den Job. Das führt dazu, dass es zu einem Mangel an Elementarpädagog*innen kommt. Auf zu viele Kinder kommen zu wenige Elementarpädagog*innen. Aufgrund der schwierigen Arbeitsbedingungen treten viele ausgebildete Elementarpädagog*innen ihren Job auch gar nicht erst an. Mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und der Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze braucht es auch zusätzliche Elementarpädagog*innen. Derzeit gibt es in Österreich rund 42.000 Elementarpädagog*innen. Laut einer Umfrage des ÖGB gibt es bereits jetzt einen Mangel. Es bedarf eines massiven Ausbaus von Ausbildungsplätzen per sofort für Elementarpädagog*innen, um den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch personell zu ermöglichen.

4. Schritt: Gemeindekooperationen forcieren.

In einwohner*innenschwachen und strukturschwachen Gemeinden wird bereits jetzt in Gemeindekooperationen gearbeitet. Diese Kooperationen sollen beibehalten und ausgebaut werden.

5. Schritt: Jährliches Budget für Kinderbetreuung in Höhe von zumindest

1,7 Milliarden Euro fix im Bundesbudget verankern.

Ab 2025 sollen im Bundesbudget jährlich fix verankert die budgetären Mittel zur Verfügung stehen, damit der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden kann. Hier schließen wir uns einer Berechnung der Industriellenvereinigung an, die für eine Aufstockung der finanziellen Mittel für Kinderbetreuung um 1,7 Milliarden Euro pro Jahr plädiert. Um den IV-Präsidenten zu zitieren: „Jeder in die Qualität früher Bildung investierte Euro kommt volkswirtschaftlich gesehen mindestens achtfach zurück. Anders betrachtet: Jeder nicht investierte Euro kostet uns mindestens acht Euro in der Zukunft.“ Auch eine aktuelle Studie vom Institut für Wirtschaftsforschung hat ergeben, dass der Ausbau der Kinderbetreuung nach den VIF-Kriterien rund 1,6 Milliarden Euro kosten würde. Wichtig dabei ist, dass diese Summe nicht als Anschubfinanzierung betrachtet wird, sondern fixer budgetärer Bestandteil des Bundesbudgets bleibt, der jedes Jahr auf Basis der Inflation den Städten und Gemeinden für die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung bereitgestellt wird.

Wir fordern Sie auf, diese Forderungen umzusetzen, um unseren Kindern den Stellenwert zu geben, den sie verdienen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und um der Bildung und der Bildungseinrichtung Kinderbetreuung den Stellenwert zukommen zu lassen, den sie verdienen. Bitte handeln Sie! Jetzt!

Mit freundlichen Grüßen;



Andreas Kollross
Bürgermeister Trumau



Benedikt Lentsch
Bürgermeister Zams



Bettina Lancaster
Bürgermeisterin Steinbach am Zieberg



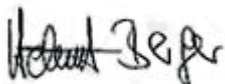
Erich Trummer
Bürgermeister Neutal



Eva Karrer
Bürgermeisterin Passail



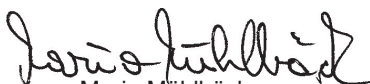
Gabi Rothbacher
Bürgermeisterin Polling in Tirol



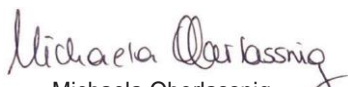
Helmut Berger
Bürgermeister Kirchberg in Tirol



Wolfgang Kocevar
Bürgermeister Ebreichsdorf



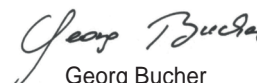
Mario Mühlböck
Bürgermeister Walhering



Michaela Oberlassnig
Bürgermeisterin Feld am See



Renate Habetler
Bürgermeisterin Bernstein



Georg Bucher
Bürgermeister Bürs



Mario Abl
Bürgermeister Trofaiach



Michael Ritsch
Bürgermeister Bregenz



Brigitte Praxmarer
Bürgermeisterin Flurling



Kerstin Suchan-Mayr
Bürgermeisterin St. Valentin



Günther Vallant
Bürgermeister Frantschach-St. Gertraud



Hansjörg Obinger
Bürgermeister Bischofshofen



Tanja Kreer
Bürgermeisterin Strasswalchen